

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 70 (1990)
Heft: 4

Artikel: Deutsche Besonderheiten
Autor: Seebacher-Brandt, Brigitte
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-164774>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Brigitte Seebacher-Brandt

Deutsche Besonderheiten

Jener Führer des Sowjetreiches, der den Völkern im Vorfeld zu verstehen gab, dass seine Truppen deren eigenen Weg nicht noch einmal abschneiden würden, gleicht dem Goethe'schen Zauberlehrling, der den alten Meister nicht mehr findet. Die Kräfte, einmal losgelassen, waren — ohne Gewalt — nicht mehr zu bändigen. Doch kein noch so bedeutender Mann löst Entwicklungen aus, die in der Geschichte nicht schon angelegt sind. Und auch ein so ungewöhnlicher Staatslenker wie Michail Gorbatschow erfindet die Welt nicht neu. Ohne einen Zustand von Entspannung, herbeigeführt durch die Sorge beider Weltmächte vor einem zerstörerischen Automatismus des Wettrüstens, hätten sich Zeichen der Auflockerung dem östlichen Imperium kaum eingeprägt. Gewiss, es hatte sich herumgesprochen, dass in der kommunistischen Ordnung die menschlichen Bedürfnisse nicht zu erfüllen seien — weder die ideellen noch die materiellen. Aber wusste man das nicht längst? Und warum hätte die Schmerzgrenze gerade 1988/89 erreicht sein sollen?

Der Einmarsch in Afghanistan, das Kriege recht in Polen und die Raketenkrise zu Beginn der achtziger Jahre hatten den Vertrauensvorschuss getrübt, den die Weltmächte seit mehr als einem Jahrzehnt einander gewährten. Doch rissen weder die Gesprächsfäden, noch wurde der Ostblock wieder, was er einst gewesen — ein Staatenbund, auf Befehl und Gehorsam gegründet. Sinnfälligster Ausdruck blieb der «deutsche Weg»¹, den Honeckers DDR nahezu unbehelligt fortsetzte und dessen eingeborener Widerspruch — äussere Annäherung und innere Abgrenzung — nur eine Zeitlang zu verdecken war. Deutsch-deutsche Verständigung zu pflegen und sich in einen neu aufgelegten Kalten Krieg keinesfalls hineinziehen zu lassen, wurde 1982/83 erklärte DDR-Politik. Weder in Ost noch in West horchten die Nachbarn auf. Dass die «*querelles allemandes*» das internationale Klima nicht mehr belasteten, wurde allseits günstig aufgenommen. Den Wiener Verhandlungen kam das deutsch-deutsche Einvernehmen von Anbeginn an zugute. Honecker und seine Leute verschlossen vor den Rückwirkungen die Augen.

Illusion der Stabilität

Und die Bundesrepublik? Sie gab sich, wer auch regierte, nur zu gern dem Gefühl hin, alles stehe zum besten. Wann hätte man denn in den letzten Jahren noch ein rundum kritisches Wort über die inneren Zustände der DDR gehört? Man freute sich über jeden Hauch gesamtdeutschen Bewusstseins und über menschliche Erleichterungen, die gern und grosszügig belohnt wurden, und vergass darüber langsam, aber sicher, mit was und mit wem man es zu tun hatte. Wie anders hätten die grossen Parteien so verwirrt und sogar sprachlos sein können, als der Staat zwischen Elbe und Oder aus den Fugen geriet?

Auf den Schauplätzen des Kalten Krieges waren die Stücke der kalkulierten Risiken abgespielt, als der neue Mann im Kreml daran ging, nun auch die Kulissen zu entstauben. Sie abzubauen, hatte nicht in seiner und seiner Berater Absicht gelegen. Es war auch nicht von ihm erwartet worden, weder zuhause noch sonstwo in der Welt, weder bei der Rechten noch bei der Linken. Die Macht der Gewohnheit war gross, und dass die Dinge ihre eigene Dynamik haben, wurde auch im Westen verkannt. Die Euphoriker, die in Gorbatschow nur den Friedensengel und den sozialistischen Erneuerer sehen wollten, liessen sich durch inner-sowjetische Nöte nicht irre machen und fanden in den Anfängen der ungarischen Liberalisierung manche Sehnsucht erfüllt. Polen galt seiner besonderen inneren Verfasstheit wegen stets als Sonderfall und war insoweit die Ausnahme, die die Regel vom altneuen «dritten» Weg zu bestätigen schien. Man setzte auf überschaubare und steuerbare Schritte und darauf, dass Reformsozialismus im Innern die Stabilität im Äussern befördere.

Die Skeptiker wollten Gorbatschow lange auf Konstanten russischen Eroberungsdrangs festlegen. Sie liessen sich dann eines Besseren belehren und versagten ihm nicht den Respekt. Ein Misstrauen blieb — allgemeine Unwägbarkeiten betreffend und den Ernst des Reformbemühens. Dass die neuen Ansätze, gleichviel wie ernst und durchdacht sie sein mochten, die Hegemonie über das sowjetisch beherrschte Europa berührten und den Völkern neue Freiräume eröffneten, offenbarte sich 1988 und wurde mit durchweg freudigem Erstaunen begrüsst. Doch dass auch die sechzehn Millionen, die im sowjetisch besetzten Deutschland leben, kein minderes Recht auf Selbstbestimmung haben und im übrigen nicht weniger freiheitsliebend, auch nicht leidenswilliger sind als die anderen Nationen, mochten westliche Realpolitiker auch dann noch nicht zugestehen, als die Realität sie eingeholt hatte. Es bleibt schwer verständlich, dass die «Deutsche Frage», die zur Frage von Menschenrechten und liberaler Demokratie in Deutschland geworden ist, am Ende des 20. Jahrhunderts noch so viele Gespenster wachruft, die einer versunkenen Zeit angehören.

«Hat die polnische Armee nur interveniert, um die Invasion durch die sowjetische Armee zu verhindern? Die Meinungen sind geteilt. Die Ansicht, dass Jaruzelski Polen vor sich selbst gerettet habe, gilt «Solidarnosz» als pseudopatriotischer Vorwand, verwendet, um eine soziale Bewegung zu zerstören, die keine Lektionen in Patriotismus nötig hatte. Der «Kriegszustand» sollte eher die Partei vor der Gesellschaft retten als Polen vor — Ihr wisst schon wem.»

Jacques Rupnik, The other Europe, London 1988, S. 147

«Der ungarische Widerstand wurde 1956 in Wochen zerschlagen. In Prag ging es ein Jahr. In Polen besteht sechs Jahre nach dem Putsch die gleiche Bewegung, wenngleich geschwächt. Zum ersten Mal ist in einem Land des Ostblocks die Opposition eine politische Tatsache, eine Gesellschaft mit ihrer eigenen Kommunikation, mit einer unabhängigen öffentlichen Meinung.»

Bronislaw Geremek, 1987

Die Völker — «das» Volk

Im Rückblick auf das Revolutionsjahr 1989 ist «das» Volk hoch gerühmt worden. Wie auch sonst wäre das revolutionäre Fieber so rasch gestiegen und von so reinigender Kraft gewesen, hätte nicht das Volk seine Angelegenheiten in die eigenen Hände genommen. Und doch — war es besser als in den vergangenen vierzig Jahren und plötzlich zu neuer Einsicht gelangt? Oder hatte es jetzt einfach mehr Glück gehabt und die Umstände günstig gefunden? Günstiger als in den langen Jahren zuvor? 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei hatten sowjetische Truppen die Versuche niedergeschlagen, das sozialistische und das sowjetische Joch abzuschütteln. Den Polen war dieses Schicksal nur erspart geblieben, weil die Vormacht 1956 ihre Soldaten an der Grenze stehen liess und weil sich 1981 ein General opferte, um Schlimmeres — den Einmarsch — zu verhüten. Wenn eines Tages, so deutete niemand anders als Lech Walesa es an², die Akten geöffnet würden, stehe Jaruzelski als polnischer Patriot da; auch die Nachkriegsgeschichte hat ihre tragischen Helden.

Über vier Jahrzehnte hin hatte die Sowjetunion die Völker Ost- und Mitteleuropas auf eine Weise gelähmt, die als Wahrung von Sicherheitsinteressen nur unvollkommen beschrieben wäre. Welches Mittel wäre ihr nicht recht gewesen? Und diene nicht der Sozialismus als Mittel zum Zweck? Jener Sozialismus, aus dem «*ein gewöhnlicher Gummiknüppel*»³ geworden war, ein Mantel, unter dem sich jede freiheitliche Regung ersticken liess? Die russischen Sicherheitsinteressen werden heute viel beschworen und oft missbraucht. Dass ihre Grenzen beweglich sind, ist in den vergangenen Monaten offenkundig geworden — durch politische wie durch militärische Umwälzungen. Dennoch, wer wollte auf den Gedanken verfal-

len, sie im Niemandsland zu orten? Vielleicht entdramatisiert sich die Frage erst, wenn sich auch in der DDR mit dem imperialen Zugriff der ideologische Smog vollends gehoben hat. Russische Truppen behindern nicht länger die nationale Selbstbestimmung der Deutschen, und — in der Folge der Wiener Verhandlungen — sind Ausmass und Dauer von Stationierungen ohnehin neu zu bestimmen.

Die Russlandkenner werden auseinandersetzen, warum der Sozialismus gerade in der östlichen Grossmacht dauerhafte Verankerung fand, eine positive Überwindung hier am wenigsten wahrscheinlich wirkt und das System sich heute darbietet, als stürze es in die Anarchie. Die Glaubensgelehrten mögen erklären, wann Entwürfe — ausser- oder innerweltlich — in Schreckens-, bestenfalls in Willkürherrschaft münden und warum gerade jene Menschen, die die Menschheit beglücken wollen, am meisten zu ihrem Unglück beitragen. Satrapen haben sich zu allen Zeiten und in allen Ländern gefunden; die Quislinge, die sich Hitler feilboten, waren nur eine besonders grässliche Ausgabe dieser grässlichen Gattung. Im Fall des Diktators Stalin aber wurden die Trennwände zwischen Macht und Moral unscharf. Stellten sich nicht Männer in seinen Dienst, die unter Hitler Leib und Leben riskiert hatten? Wie jener Bilak, der 1944 den slowakischen Aufstand mitbetrieben hatte und erst 1989, als einer der letzten und übelsten Stalinisten, das Feld räumte. Und wie jene DDR-Führer — Honecker, Stoph, Sindermann, Axen —, die in den Jahren nach 1933 einiges auf sich genommen hatten, um dann, als die Schlacht gegen Hitler geschlagen war, im Namen des Antifaschismus zu unterdrücken, wer ihrem Regime im Wege stand. Dass sie heute Opfer des Gesetzes werden, nach dem sie angetreten, liegt in der Natur einer Oligarchie totalitären Anspruchs.

Das Schlagwort

Den «Antifaschismus» beliebig und auf Befehl einzusetzen, wurde der Kommunistischen Partei zur zweiten Natur — als die Weimarer Republik im Sterben lag und sie den Nazis in die Hände spielte, als sie 1946 die Sozialdemokraten in die Einheitspartei zwang und jetzt wieder, da sie von ihrer Herrschaft zu retten suchte, was zu retten war. «Die Sache», ob nun kommunistisch oder sozialistisch geheissen, hatte immer alles zu rechtfertigen, was ihr nutzte. Was ihr aber nutzte, bestimmten immer die, die gerade «die Sache» vertraten. Auch der Vorwurf persönlicher Korruption ist stets und nicht erst in jüngster Zeit für besonders nützlich und wirkungsvoll gehalten worden. Nichts lenkt so sehr davon ab, dass die Korruption dem Ein-Parteien-System innewohnt und es zu unendlich schwereren Verbrechen anstiftet. Erst wenn die Kommunistischen Parteien zur Bedeutungslo-

sigkeit abgesunken sind, werden sich Macht und Neigung verlieren, Menschen wie auf einem Schachbrett hin- und herzuschieben. Eine Partei, die ein geschlossenes System geschaffen hat, herrscht oder geht unter, und sei es durch Aufspaltung. Weder ist sie fähig, am System mehr als Schönheitsreparaturen vorzunehmen, noch kann sie sich reformieren. Die kommunistischen Staatsparteien in Polen, Ungarn, Bulgarien, der Tschechoslowakei und erst recht Rumänien zerfielen, als die Verbindung von Ideologie und Imperialismus sich auflöste. Das Echo in der westlichen Welt war gross und voller Anteilnahme. Warum wurde an die kommunistische Staatspartei der DDR ein anderer Massstab angelegt? Warum weckte ihr Niedergang bestenfalls gemischte Gefühle?

Dass sie sich länger als erwartet am Leben hielt und ihr Unwesen trieb, ist eigenem Geschick zuzuschreiben, auch fremder Geduld, vor allem aber westlicher Fürsorge. Als Bundeskanzler Kohl nach Polen reiste, rühmte er sich, gewartet zu haben, bis das Land einen nicht-kommunistischen Regierungschef habe. In der DDR war er weniger zimperlich und weniger drängelnd. Den neuen Ministerpräsidenten haben er und andere westliche — deutsche wie ausländische — Politiker aufgewertet, wie der es sich kaum hatte träumen lassen. Demonstrativ zur Schau gestellte Bescheidenheit allein kann es nicht gewesen sein, dass die Regierung von Hans Modrow soviel Wohlwollen auf sich zog. Es tröstete die deutschen Demokraten, dass alle Müh' vergebens blieb und auf dem Wege über die SED dem zweiten deutschen Staat nicht zu helfen war.

Die Partei hält sich einen Staat

Es war kein Zufall, dass 1945/46 Stalin zuerst seinen westlichen Vorposten hatte unter Kontrolle bringen wollen, also den Teil Deutschlands, den die sowjetische Armee besetzt hielt. Das Werkzeug, dessen er sich bediente, war das gleiche, das bald darauf in den anderen Ländern des neuen Imperiums in Anwendung kam — die Zwangsvereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten. Doch nirgends wurde mit solcher Eile und solcher Brutalität zu Werke gegangen wie in der Sowjetisch Besetzten Zone — nicht in Polen, nicht in Ungarn und erst recht nicht in der Tschechoslowakei, wo die KP traditionell stark war und eine förmliche Vereinigung nicht einmal nötig hatte; die Sozialdemokraten wurden schlicht überführt. In der SED, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, fand Stalin die Garantin der deutschen Teilung. Mit ihrer Hilfe konnte er dem eigenen Imperium ein Stück von Deutschland sichern und ihm jenen stabilen Eckpfeiler einziehen, dessen es bedurfte. Als die SED im April 1946 ins Leben getreten war, hatte in der gewaltsamen Spaltung der Sozialdemo-

kratischen Partei die Teilung Deutschlands ihren ersten demonstrativen Ausdruck gefunden. Es ist von realitätsstiftender Symbolik, dass die kommende deutsche Einheit sich jetzt zuerst und sichtbar in der Wiederbegründung der SPD auf DDR-Boden niederschlug. Damals benötigte man genau drei Jahre, bis die einstigen Sozialdemokraten — mit Ausnahme einer Handvoll von Anpasslingen — «weggesäubert» waren und sich die SED in eine Partei bolschewistischen Typs verwandelt hatte. Erst als das Herrschaftsinstrument SED einsatzbereit war, konnte Stalin die DDR ausrufen lassen. Vom Augenblick der Staatsgründung an war die SED Staatspartei, mehr noch: Sie war die Partei, die sich einen Staat hielt. Als im Sommer 1989 *Otto Reinhold*, ihr inzwischen geschasster Chefideologe, den hell-sichtigen Ausspruch tat, dass ohne Sozialismus die DDR keine Existenzberechtigung habe⁴, verzeichnete er lediglich einen Tatbestand.

Die SED war die Trägerin des Sozialismus auf deutschem Boden, und sie war eine Schöpfung der Sowjets. Verhielt es sich in den anderen Ländern des Imperiums nicht entsprechend? Trugen nicht alle die gleichen Insignien, war nicht eine so wenig mehrheitsfähig wie die andere? Wo hätte wann eine der kommunistischen Parteien in einer freien Wahl bestanden? Einen kurzen Augenblick hatte es 1968 so ausgesehen, als Alexander Dubček sein Land zu liberalisieren anhub. Tatsächlich hatte die Geschichte auch damals schon Mass genommen, über die KP hinwegzuschreiten. Brezhnev sah es wohl und — schickte die Panzer. Nein, in allem war die SED eine Staatspartei wie andere auch, nur in einem eben nicht. Sie allein repräsentierte einen Staat, der ohne sie und ohne die hinter ihr stehenden Sowjettruppen nicht lebensfähig war.

Die Anziehungskraft des westlichen Deutschland entdeckten die Landsleute im östlichen Teil nicht erst in jenem Sommer 1989, als die Ungarn ein Schlupfloch öffneten. Mit den Füßen gegen das eigene Herrschaftssystem abzustimmen, war kein Einfall, den ihnen Gorbatschow eingegeben hätte. Von 1945 bis 1961 verliessen drei Millionen Deutsche die Sowjetzone — so wurde sie allorts noch genannt — über die offene Berliner Sektorengrenze. Im Juni jenes schicksalsschweren Jahres trafen Kennedy und Chruschtschow einander in Wien und vermittelten dem Publikum den Eindruck, die Dinge spitzten sich zu. Die Folge: Der Exodus schwoll sprunghaft an. Im Juli flüchteten 30 000 Menschen. Man schrieb, die Zone werde leerlaufen und sprach von einem Staat mit Partei, aber ohne Volk. Das Gefühl, dass die Sowjets — und die deutschen Kommunisten in ihrem Schlepptau — nicht mehr lange zusehen würden, legte sich wie ein cauchemar über das Land zwischen Elbe und Oder. Am 12. August 1961 meldeten sich zweieinhalbtausend Flüchtlinge im Berliner Westen. Tags darauf wurde die Mauer gebaut. Welche Ironie! Bau und Fall der Mauer waren von ein und demselben Motiv bestimmt; beide Male war es der Versuch, die

Menschen im Lande zu halten. «*Der in der DDR herrschende Despotismus genügte nicht, den Staat zusammenzuhalten, solange das Brandenburger Tor offenstand*», urteilte Golo Mann im Jahr nach dem Mauerbau⁵. Heute müsste es heissen: Jener Despotismus genügte nicht einmal, solange das Tor vermauert war.

Der Ausweg war 28 Jahre lang versperrt. Aber der Zwang, sich abzufinden, hatte zu keiner Zeit die Neigung genährt, sich zu identifizieren. Mit den Füßen konnte man nicht mehr abstimmen, an der Wahlurne sowieso nicht, und die Kommunikationslinien waren abgeschnitten. So setzte sich der Eindruck fest, die Sowjetzone, aus der die DDR wurde, sei doch lebensfähig und von Bestand. Der Eindruck verhärtete sich, als der zweite deutsche Staat durch den ersten, die Bundesrepublik, anerkannt wurde — tatsächlich, wenn auch nicht als Definitivum. Seither gediehen die Missverständnisse nicht nur innerhalb des Regimes, das sich seiner Sache nun sicher fühlte und im Laufe langer Jahre Zugeständnisse an die innerdeutsche Bewegungsfreiheit machte. Als Honecker sich bereit fand, nicht nur missliebige Bürger auszuweisen, sondern auch Ausreisewünschen unzufriedener Zeitgenossen stattzugeben, sah er sich einer Flut von Anträgen gegenüber. Wo zwei genehmigt waren, folgten zwanzig nach. Die legale Ausreisewelle, die dem Übersiedlerstrom des vergangenen Jahres vorausging, hatte angezeigt, was sich jedem offenbarte, der Augen hatte zu sehen und Ohren zu hören und sich von gemeinsamen Sicherheitsinteressen nicht betören liess: Eine eigene Identität besass die DDR vierzig Jahre nach ihrer Gründung so wenig wie in der dunklen Zeit ihres Werdens. Ob sie sie gewonnen hätte, wenn beizeiten innerer Wandel eingesetzt hätte, und ob sie sie noch gewinnen kann? Die Frage mag für Historiker von Belang sein. Tatsächlich beschäftigt sie nur noch jene Erneuerer, die der DDR einen dritten Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus erträumt haben. «*Die Reihenfolge der Änderungen war falsch*», hatte Günter Grass geurteilt, als die Dinge auch in der DDR in Fluss kamen und sich zaghaft andeutete, was er das «diffuse Nationalgefühl» nennt⁶. Es spülte binnen kurzem die Einheitsvorbehalte in der deutschen Linken hinweg. Auch Erhard Eppler würde heute nicht mehr behaupten, dass im Experiment eines demokratischen Sozialismus eine Chance für die DDR liege⁷. In der Linken lagen Wunsch und Wirklichkeit — symbolhaft, was die DDR anging — sehr weit auseinander.

Realutopie Westdeutschland

Die Einsicht in die Zukunftslosigkeit der DDR hat sich spät und bis heute nur unvollkommen verbreitet. Die Opposition gegen die herrschende SED war — im Gegensatz zu anderen Ostblockländern — nie fundamental

gewesen und brachte keinen Führer von der charismatischen Unbeugsamkeit eines Havel hervor. Wie hätte es anders sein können? Wer dem Regime in die Quere kam, wurde eingesperrt und — ob er wollte oder nicht — in den Westen abgeschoben. Überhaupt fand die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen, den materiellen und den ideellen, ihr Ventil im sehnsuchtsvollen Blick ins westliche Deutschland, das nicht nur übers Fernsehen allgegenwärtig war. Angesichts des Massenansturms an jenen November-Weekenden, da die Freiheit des Reisens gewährt war, dämmerte die Ahnung, worauf die Energie gerichtet war und wie sehr sie sich angestaut hatte. Im Bewusstsein war die Grenze zur Bundesrepublik immer offen gewesen, und vielleicht lag hier der eigentliche Grund, dass die DDR den Charakter der Künstlichkeit nie verlor und die Havels und Walesas auf ost-deutschem Grund nicht gedeihen mochten.

Das Ineinander von Nähe und Ferne, das Wechselspiel von Angezogen- und Abgestossen-Sein durch die übermächtige Bundesrepublik machte der Opposition das Geschäft unendlich viel schwerer als in den anderen Ländern. Nicht zufällig lag die Besonderheit der DDR-Opposition lange in ihrer grün-alternativen Einfärbung und in der fehlenden Massenbasis. Die deutsche Einheit war seit Jahren in der DDR Tabu gewesen, folglich auch in oppositionellen Kreisen nicht beredet worden. Und sich eingestehen, dass das ganze Staatswesen den Einsatz nicht lohne, hätte denn doch zuviel Selbstverleugnung bedeutet. Man musste sich eben in dem Rahmen bewegen, in dem man nun einmal lebte und den zu sprengen erst vor kürzester Zeit möglich geworden ist. Unter dem Druck der anhaltenden Fluchtwelle und der niedergehenden SED-Herrschaft entkrampfte sich das Verhältnis, das im Zuge des munteren Hin und Her zwischen beiden Teilen des Landes und persönlicher wie institutioneller Kontakte täglich lockerer wurde. Die überwiegende Mehrheit der DDR-Bürger wollte und will Freiheit und Wohlstand und hatte nie Skrupel, ihren Massstab in der Bundesrepublik zu suchen. So nahm nicht wunder, dass — je näher die Wahlen rückten und je mehr die Einsichten in das notwendige und die Aussichten auf das tatsächliche Ende der SED-Herrschaft wuchsen — regelrechte Parteien desto schneller zusammenfanden.

Die Sozialdemokratie, in Leipzig gegründet und in Sachsen grossgeworden, war immer eine nationale, dem deutschen Gesamtstaat verpflichtete Gesinnungsgemeinschaft gewesen. Nach ihrer Unterdrückung durch Hitler hatte erst Stalin sie gewaltsam auseinandergerissen. Doch das Erbe, das 1946 eine Dreiviertelmillion Parteimitglieder in die SED einzubringen gezwungen waren, war ebensowenig versunken wie das Zusammengehörigkeitsgefühl von Sozialdemokraten hüben und drüben. Die Sozialdemokratie war prädestiniert, im Parteibildungsprozess die Vorreiterrolle zu übernehmen. Durch ihre rasche Selbstfindung wurde nicht nur der Bruch

der SED beschleunigt, sondern auch die Sammlung des «bürgerlichen» Lagers. Über die Blockparteien ging die Zeit rasch hinweg, und warum sollte nicht auch auf DDR-Boden eine CDU gedeihen, die die Erinnerung an eine einst regimetreue Vereinigung gleichen Namens vergessen macht? Die Nation wächst auch und gerade über ihre Parteien zusammen.

Der anerkannte Status quo

Über der strikten Trennung hatte das Thema Einheit auch in der Bundesrepublik — auf allen Seiten des politischen Spektrums — einen musealen Charakter angenommen und Stoff allenfalls für historische Betrachtungen geliefert. Warum Denkfiguren setzen, die so gar keinen Bezug zur Wirklichkeit haben? Nur auf der Linken aber konnte die Trennung Sehnsüchte freisetzen, die das Plädoyer für den Bestand der DDR einschlossen. Sie wurde das Land, in dem viele Unzulänglichkeiten, tatsächliche und vermeintliche, und manche Unzufriedenheiten, mit dem System und der Zustimmung, das es findet, aufgehoben schienen. Günter Gaus, Bonns erster Ständiger Vertreter in der DDR, der über seinem Job manche Distanz zum Staat des Erich Honecker einbüsste, beschrieb den Ort «Wo Deutschland liegt» — nämlich den zwischen Elbe und Oder — als ein Schrebergartenidyll und malte «Die Welt der Westdeutschen» schwarz in schwarz⁸. Eine intellektuelle Vorgabe, der gern nachgelaufen wurde. Sie verstärkte eine Tendenz, die in der Teilung angelegt war und die erstens auf die moralische Gleichwertigkeit beider Gesellschaftsordnungen hinauslief und zweitens auf die Deutung der Zweistaatlichkeit als Sühne der Naziverbrechen.

In Potsdam 1945 hatten die Siegermächte beschlossen, Deutschland in Besatzungszonen aufzuteilen, doch diese gemeinsam zu verwalten. Sie hatten nicht beschlossen, Deutschland für alle Zeiten zu teilen, weil es der Welt Schreckliches angetan hatte. Die Einheitszusicherungen der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und Frankreichs im Deutschland-Vertrag und auf jährlich wiederkehrenden NATO-Konferenzen wären anders überhaupt nicht zu verstehen. Auch die SPD erinnert sich heute, da die Zeit über die Teilung hinweggegangen ist und die Einheit Wirklichkeit gewinnt, dass sie die Westintegration einst abgelehnt habe, weil die Teilung nicht vertieft werden sollte. Und sie erinnert auch wieder an Herbert Wehners Deutschland-Plan, in dem 1959 eine Konföderation beider deutscher Staaten vorgeschlagen wurde. Nein, die Zweistaatlichkeit wurde gedanklich erst besiegelt und in die Vergangenheit zurückprojiziert, als die Mauer gebaut war und der andere Staat gefestigt schien: Lob des Status quo in aller Vergangenheit und auf alle Zukunft.

Willy Brandts Kniefall in Warschau hat in der deutschen Linken und im deutschen Protestantismus — insoweit in die CDU hineinreichend — einem groben Missverständnis den Weg bereitet: Als sei in dieser Geste — der Bitte um Verzeihung — die Ostpolitik beschlossen gewesen und die Teilung Deutschlands in zwei Staaten als geschichtliche Strafe akzeptiert worden. Darüber sind wesentliche Beweggründe der Ostpolitik vergessen worden: Um des Zusammenhalts der Nation willen musste Bewegung in die erstarrten Fronten gebracht und der Status quo anerkannt werden. Grosse politische Bewegungen, wie die Ostpolitik sie ausgelöst hat, sind niemals ohne Widersprüche, und die Rechnungen, die sie präsentieren, gehen ohne Rest niemals auf. Menschliche Erleichterungen waren, solange die Sowjets das Sagen hatten, nur mit dem SED-Regime zu schaffen. Als im Spätsommer des Jahres 1989 zu ahnen war, dass fremde Truppen eigene Wege nicht mehr behindern würden, und nur noch eine Frage der Zeit sein konnte, bis auch die Deutschen auf die Strasse gingen, verkündete der Mann, der die Politik der kleinen Schritte geformt hatte, ebenso folgerichtig wie lakonisch: Diese Politik sei nun vorbei⁹.

In der langen Zeit von zwanzig Jahren, die die Politik der kleinen Schritte gewährt hatte, konnte eine Gewöhnung an die Verhältnisse, also auch an die Herrschenden in Ostberlin, fast nicht ausbleiben; ihr erlag schliesslich auch die Union, die den ostpolitischen Faden wie selbstverständlich aufgenommen hatte. Nur hatte sie den Vorteil, dass sie die Regierung stellte und gegen die Versuchung gefeit war, pragmatische Schritte ideologisch und auf viel Papier zu überhöhen. Zudem hatte die Linke in den achtziger Jahren die «gemeinsame Sicherheit» entdeckt und in den Kernwaffen das schlechthin Böse ausgemacht. Das Streben nach gemeinsamer Sicherheit aber musste, ja sollte die Frage nach der inneren Verfasstheit des Gegenüber relativieren. Überdies verstellte es den Blick auf die Realitäten im Warschauer Pakt, der als feste Grösse noch eingerechnet wurde, als er längst keine mehr war, und es verführte zu der Annahme von der Gleichwertigkeit, machtpolitisch und moralisch, beider Paktsysteme. Daher rührt heute der Glaube, dass Warschauer Pakt und NATO verschwinden müssen, ehe die «Deutsche Frage» gelöst werden kann. Die Gewöhnung an den äusseren und den inneren Status quo, die der Ostpolitik innewohnte, reichte tief, doch nicht so tief, als dass neue Tatsachen nicht rasch neue Normen hätten setzen können.

Das gemeinsame Dach einer Demokratie

Nichts ist zwingend und von Dauer, was Menschen geschaffen haben. Und alles ist möglich; dass Völker, die mit Lust und Energie ihre kommuni-

stischen Regime davongejagt haben, den Weg zu Freiheit und Wohlstand nicht rasch genug finden und in politischer wie wirtschaftlicher Unordnung versinken; dass das Erbe zu schwer ist und neue Konduktoren neue Herrschaften errichten; dass in der Sowjetunion, einem Pulverfass schon lange gleich, der Funke, der es in die Luft jagen könnte, gewaltsam zertreten wird. Zerfallende Reiche haben sich noch nie leise aus der Weltgeschichte verabschiedet. Sie gehorchen eigenen Gesetzen, doch diese zu studieren, führt heute nicht mehr weit. Denn zerfallende Reiche im Besitz eines nuklearen Drohpotentials kannte die Geschichte noch nicht. Alles ist möglich. Und möglich ist auch, dass in einer Zeit, da die Weltmacht Sowjetunion den Blick nach innen wendet, die Deutschen tun, was zu tun in der Natur der Dinge liegt, und sich unter einem Dach zusammenfinden.

Auf die Sowjetunion allein kommt es nicht an. Deutschland hat viele Nachbarn, und die schrillsten Töne kommen nicht einmal aus östlicher Richtung; dass ein geeintes Deutschland zu gross werde und zu mächtig; dass es immer schon Unheil gestiftet habe und — so die unausgesprochene Unterstellung — auch in Zukunft stiften werde; dass es in Widerspruch zur westeuropäischen Einigung stehe und diese Vorrang habe. Die Argumente — in der öffentlichen Meinung westlicher Nachbarn ohne Umschweife zu hören, in den Verlautbarungen westlicher Politiker vornehm verkleidet, in den Völkern fast nicht — zeugen von beträchtlichem Abstraktionsvermögen und können über kurz oder lang einen nationalistischen Rückschlag wachrufen. Warum der gegenwärtige Staat der Deutschen, wo 75 Prozent leben, zu den geachtetsten der Welt zählt, und der künftige, wo 95 Prozent leben, ein Unglück sein soll, ist nicht einzusehen. Die deutsche Nachkriegsdemokratie, die nach vierzig Jahren nichts von ihrer Anziehungskraft auf die Landsleute drüben eingebüsst hat, ist so gefährdet und so stabil wie die anderen westlichen Demokratien auch. Das gemeinsame Dach, das die Deutschen suchen, aber wird ein demokratisches Gemeinwesen überwölben — oder keines. Die Einheit, die jetzt auf der Tagesordnung steht, ist eine Einheit zu westlichen Bedingungen. Diese Chance war nie zuvor da; deshalb führen auch die Erinnerungen der SPD an die fünfziger Jahre in die Irre. Damals war, wenn überhaupt, die Einheit nur unter neutralistischem Vorzeichen und mit einer Art drittem Weg zu haben.

Die Nazidiktatur entwuchs einem vielfach gebrochenen Volk, krank an wirtschaftlichem Leib und politischer Seele. Seither sind zwei Generationen herangewachsen, die die Verantwortung für alles, was geschehen ist, zu tragen haben, aber doch aufrechten Ganges durch die Welt gehen und von denen niemand anderes erwartet. Es gibt keinen Ort, an dem sie nicht willkommen wären. Und dann sollen gerade sie es sein, die Übermacht-Gelüste hätten? Auf dem EG-Gipfel in Strassburg war protokolliert wor-

den, dass sich «*dieser Prozess*», gemeint ist der Prozess, der zur Einheit führen würde, «*auf demokratische und friedliche Weise*» vollziehen müsse. Auf welche denn sonst?

Die übergrosse Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung und die verantwortlichen Politiker denken nicht daran, die westeuropäische Gemeinschaft oder die atlantische Allianz um der nationalen Einheit willen aufs Spiel zu setzen. Dass beides wünschbar und beides zusammen erreichbar ist, ist die Hoffnung der Nation. Ihrer Stimmungslage gab Alfred Herrhausen in einem seiner letzten Interviews Ausdruck; auf die Frage, ob die deutsche Einheit nicht den Abschied vom gemeinsamen Markt bedeute, antwortete er: «*Ganz im Gegenteil. Wenn nichts weiter passieren würde, als dass statt 60 Millionen Deutsche 76 Millionen Teil des Binnenmarktes würden, dann müssten wir deswegen den Prozess nicht abstoppen.*¹⁰» Wer auch könnte bei fortschreitender Integration und zunehmendem Souveränitätsverzicht Angst haben vor deutschen Alleingängen? Oder fehlt nur die Phantasie, die Militärmacht eines geeinten Deutschland einzubinden? Jene Armee, von der westliche Diplomaten zu sagen pflegten, sie müsse stark genug sein, die Russen zittern zu lassen, doch nicht so stark, dass die Luxemburger um den Schlaf gebracht würden.

Dass andere nicht länger über Deutschland verfügen sollen, ist mittlerweile Allgemeinplatz. Ebenso selbstverständlich und allen politischen Streits enthoben ist die Kehrseite: Deutschland wird über sein Schicksal im allgemeinen und seinen militärischen Status im besonderen nicht allein entscheiden. Doch welches Land der Welt, die Supermächte ausgenommen, könnte überhaupt noch so tun, als sei es nur sich selbst verantwortlich? Schon diese Frage nimmt der «deutschen Frage» manche Dramatik. Die Nation findet sich neu zusammen, gewiss, aber sie tut es in einer Zeit, in der supranationale Strukturen die Wirklichkeit zunehmend prägen und kaum noch aufhebbar sind. Warum also in Ausschliesslichkeiten denken und Gespenster beschwören?

Im Gefolge konventioneller Abrüstung hat das einst sowjetisch beherrschte Europa neue Konturen gewonnen. Nun beeinflussen die politischen Veränderungen ihrerseits das strategische Denken — gründlich, doch einstweilen mit ungewissem Ausgang auch für die Militärbündnisse, von denen eines immer noch Stabilität besitzt und bewirkt. Ihm wird die Bundesrepublik und ihm wird, zu welchen besonderen Konditionen auch immer, das künftige Deutschland angehören. Die sich zusammenfindenden Deutschen werden nicht warten, bis die Europäer ein eigenes Sicherheitssystem errichtet haben. Dass die gesamteuropäische Einigung der deutschen vorausgehen müsste, steht nirgends geschrieben. Die

Geschichte richtet sich ohnehin nicht nach Rangfolgen, die auf dem Reissbrett gemacht sind.

¹ Ausgewählten Besuchern pflegte Erich Honecker eine Wodka-Flasche Marke «Gorbatschow» auf den Tisch zu stellen und zu erläutern: «Wir gehen den deutschen Weg». — ² So am 7. September 1989 in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. — ³ Vaclav Havel in seiner Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels. In: «Börsenblatt» vom 17. Oktober 1989. — ⁴ In einer Rede am 19. August 1989, gedruckt in: «DDR-Spiegel» vom 22. August 1989. — ⁵ Golo Mann, Der verlorene Krieg und die Folgen. In: Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962. Hrsg. von Hans-Werner Richter. München/Wien/Basel 1962. S. 29–54 cit. S. 34. — ⁶ In: «Der Spiegel» vom 20. November 1989 und auf dem SPD-Parteitag am 18. Dezember 1989, Protokoll. — ⁷ «Ist die DDR zu retten?» In: «Die Zeit» vom 24. November 1989. — ⁸ Günter Gaus, Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung. Hamburg 1983, und ders., Die Welt der Westdeutschen. Kritische Betrachtungen. Köln 1986. — ⁹ Rede Brandts vor dem Deutschen Bundestag am 1. September 1989. — ¹⁰ In: «Der Spiegel» vom 20. November 1989.

**Zu jedem Vertrag liefert Ihnen
die «Winterthur» ein ganzes Paket
erstklassiger Dienstleistungen.**



winterthur
<i>versicherungen</i>

Von uns dürfen Sie mehr erwarten.